

La femme produit 1,53 enfants

Du moins dans l'Union européenne en l'an 2000, ce qui représente le taux de fécondité le plus élevé depuis dix ans. Mais si le Luxembourg représente le pays européen qui a enregistré la plus forte hausse de sa population, ceci est surtout dû à un solde migratoire positif. Au premier janvier 2001, la population de l'UE comptait 377 millions d'habitant-e-s, ce qui en fait la troisième puissance démographique du monde, loin derrière la Chine (1.273 milliards) et l'Inde (1.030 milliards). Pourtant, dans tous les états membres, le taux de fécondité était inférieur au seuil de remplacement des générations, estimé à 2,1 enfants par femme. La population mondiale a augmenté de plus de 75 millions de personnes en 2000. L'Europe contribuait ainsi pour un pour cent à la croissance démographique mondiale, trois fois moins que les Etats Unis. C'est la régression de la mortalité infantile qui constitue l'un des changements démographiques les plus frappants. Dans l'UE elle a été de 4,9 décès pour 1.000 naissances vivants en 2000, contre 12,4 en 1980 et 34,5 en 1960. Quant à l'espérance de vie, elle continue de croître. Selon les estimations les garçons nés dans l'UE en 2000 devraient atteindre près de 75 ans et les filles plus de 81 ans. (Statistiques Eurostat)

Medien mal transversal

In einer parlamentarischen Anfrage sorgt sich der ADR-Abgeordnete Jean Colombera um die zunehmende Gewalt bei Kindern. Der freischaffende Arzt teilt mit, dass er "Psychologie heute" liest und zitiert eine amerikanische Studie, die beobachtet haben soll, dass durch die "Absenkung" des täglichen Fernsehkonsums die Zahl der aggressiven Vorfälle im schulischen wie im außerschulischen Bereich deutlich sank. Der Vergleich Kalifornien-Luxemburg ist dann schnell gemacht, "da auch in Luxemburg der Konsum elektronischer Medien mit ihren pädagogisch meist äußerst zweifelhaften Inhalten sehr ausgeprägt ist und die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen steigt", so Colombera. In ihrer Antwort zeigt Erziehungsministerin Anne Brasseur, dass sie besagte Studie etwas genauer gelesen hat: "So wurde nicht bewiesen, dass die festgestellte Verringerung des aggressiven Verhaltens durch eine deutliche Einschränkung des Medienkonsums bedingt wurde." Nicht nur weniger Fernsehen, sondern auch andere Maßnahmen (Zusammenarbeit Schule und Familie, gezielte Betreuung der Kinder in der Schule und in der Familie, Forderung der psycho-sozialen Kompetenzen) wurden im Rahmen der Untersuchung angewendet. Dem Wunsch Colomberas, ein Schulfach zur Medienerziehung einzuführen, kann Anne Brasseur nicht folgen, da sie angeblich eine "transversale Medienerziehung, die der Verantwortung aller an der Schule Beteiligten obliegt" unterstützen würde.

Trierer Demo gegen Rechts

Unter dem Motto "Jetzt reicht's. Rechten Strukturen entgegenzutreten. Den antifaschistischen Widerstand organisieren!" ist eine Demonstration für kommenden Samstag, 18. August, um 13 Uhr, am Viehmarkt in Trier angekündigt. Hintergrund für die Protestveranstaltung, zu der neben dem Infoladen Trier unter anderen die Antifa, der AStA der Universität, Frauengruppen sowie die IG Metall aufrufen, ist ein am 4. August auf den linksalternativen Infoladen verübter Brandanschlag. Einer Sprecherin des Infoladens zufolge, "spricht vieles dafür, dass die Verantwortlichen in der extremen Rechten zu suchen sind". Die Beteiligung am Trierer Bündnis gegen Rechts sowie eine vom Infoladen organisierte Fahrt zum früheren Konzentrationslager Buchenwald könnte laut Infoladen die mutmaßlich rechten TäterInnen zu ihrem Anschlag motiviert haben. Unterdessen gehen die Ermittlungen der Polizei zur Brandstiftung weiter. Polizeisprecherin Monika Peters erklärte gegenüber der WOXX, über die Tatmotive gebe es "zurzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse". Es werde in alle Richtungen ermittelt. Ein ebenfalls vom Infoladen organisiertes Straßenfest am vergangenen Samstag wurde von 15 Neonazis gestört. Spontaner Widerstand vonseiten vieler Fest-BesucherInnen sowie ein polizeilich erteilter Platzverweis bedrohten die rechten Provokationen.

SCHWARZES SOMMERLOCH

Anarchisten-Hochburg Luxemburg

**Laurent Mosar,
CSV-Abgeordneter und
Stadtschöffe, schlägt
Alarm: Eine internationale
anarchistische Organisation
hat sich in Luxemburg
niedergelassen.**

(ergué) - Luxemburg im August 2001: Der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar vermiest dem Justizminister den Urlaub und will in einer parlamentarischen Anfrage wissen, ob Näheres über eine Organisation "Anarchist Black Cross Luxembourg" bekannt sei. Einem groß aufgemachten Artikel der "Voix du Luxembourg" vom 7. August hat er entnommen, dass diese Organisation "aux ramifications internationales" seit jüngstem über eine Postadresse in Düdelingen verfügt. Der Justizminister soll außerdem Aufschluss darüber geben, ob die Ziele und Aktivitäten der Organisation mit der Verfassung und den Gesetzen unseres Landes vereinbar sind, und ob es eventuell schon strafrechtliche Schritte seitens der "autorités répressives luxembourgeoises et/ou étrangères" gegeben hat.

Abgesehen davon, dass Friedens "repressive Autoritäten" (!?) derzeit wohl vorrangig damit beschäftigt sind, nicht-regulierte Flüchtlinge aufzuspüren und mit möglichst wenig Aufsehen in den Balkan zu verfrachten, dürften ein paar Klicks im Internet reichen, um festzustellen, dass Luxemburg auch in Zukunft nicht zum Standort internationaler terroristischer Organisationen wird.

In einer Selbstdarstellung gibt Anarchist Black Cross (ABC) an "ein internationales Netzwerk

von anarchistischen Gruppen und Individuen, die sich in der praktischen Solidarität mit Gefangenen betätigen", zu sein. Weiter heißt es: "Wir unterstützen: AnarchistInnen, RevolutionärInnen und andere, die wegen ihrem Widerstand gegen die Herrschenden und deren System inhaftiert wurden." Im Gegensatz zu Organisationen wie Amnesty International bewertet ABC den Widerstand und die dabei angewandten Mittel nicht, das heißt, Gewaltfreiheit ist für ABC kein Kriterium der Unterstützung.

Allerdings verzichtet das Netzwerk selber ausdrücklich auf Gewalt und arbeitet "mit folgenden Mitteln: Briefverkehr, Besuche, materielle Hilfe (wo möglich), Demonstrationen, Kampagnen und Informationsverbreitung".

Auch wenn das Endziel des eher lose gestrickten ABC-Netzwerks eine "klassenlose, freie Gesellschaft" ist, in der "Bosse unwillkommen sind und wo wir unser Leben selbst kontrollieren können", so wehren sie sich ausdrücklich gegen eine Kriminalisierung ihrer Bewegung.

Was die Luxemburger Niederlassung angeht, so scheint sich vor allem der Betreuer der ABC-eigenen Homepage (free.free-speech.org/entfesselt), die früher vom österreichischen Innsbruck aus gestaltet wurde, dem Steuerparadies Luxemburg den

Vorzug gegeben zu haben. Allerdings ist ABC-Luxemburg nur über "poste restante" zu erreichen, was ebenfalls darauf hindeuten kann, dass die Verantwortlichen die (noch) relativ vorteilhaften Luxemburger Posttarife zum Versand von T-Shirts, Aufklebern und Pamphleten nutzen wollen und ansonsten mit unserem Ländchen nicht viel am Hut haben.

Durch das Zitieren einiger verbalradikaler Aussagen verschiedener ABC-Gruppen und das Erwähnen des "Black Block", der zuletzt anlässlich des G8-Treffens in Genua in die Schlagzeilen geriet, wird im Voix-Artikel der Eindruck geschürt, ABC-Luxemburg könnte eine Art "plaque tournante" internationaler gewalttätiger Gruppen sein. Außer dem Umstand, dass ABC es vermeidet, die Namen ihrer Mitglieder bekannt zu geben, zeichnet sich die Organisation allerdings durch eine fast an Naivität grenzende Offenheit aus.

Auch wenn einige der von ABC betreuten Gefangenen nach allgemeinem Verständnis kaum als politische Gefangenen zu bezeichnen sind, so ist trotzdem nachzuvollziehen, dass nicht alle Verurteilungen gerechtfertigt sind. Es bedarf keiner Paranoia, um das Gefühl zu erlangen, dass es weltweit - und eben auch in Rechtsstaats-Systemen - durchaus politisch motivierte Verurteilungen gibt. Immer wieder darauf hinzuweisen, ist Ziel des ABC-Netzwerks. Demnach ist die Luxemburger Verfassung nicht in Gefahr - und Frieden braucht seinen Urlaub nicht abzubrechen.

**FREIE TRIBÜNE**

Neues aus Folkendingen

**Die Taktik, in den Ferien
umstrittene politische Ent-
scheidungen zu treffen,
weiß offenbar auch der
Umweltminister für seine
Deponien-Pläne zu nutzen.**

Mitten im Sommerloch, Bürgerinitiativen liegen unschuldig am Strand, gibt der Umweltminister grünes Licht für eine Bauschuttdeponie in der Grünzone der kleinen Landgemeinde Ermsdorf, die eigentlich auf sanften Tourismus statt auf Industrie und Straßenbau gesetzt hatte. Auch die Umweltschutzorganisationen sind ferienhalber nicht in Alarmbereitschaft.

Der Termin, an dem der Umweltminister seine Entscheidung laut Gesetz hätte treffen sollen, liegt bereits Monate zurück und dies obschon Ende des Jahres ein absoluter Bauschuttnotstand von selbigem Minister ausgerufen worden war. Aufgeregt und den Tränen nahe kündigten Unternehmer in den Medien einen "chömage technique" im Baubereich an, falls sie nicht sofort das bekämen, was sie wollten, nämlich die Deponie Folkendingen. Untergangsvisionen wurden beschworen und Schuld waren die bösen Folkendinger Nimbys, die

mit Zähnen und Klauen die Landschaftszerstörung verhindern wollen. Von überflüssiger Landschaftszerstörung sind übrigens nicht nur Nimbys betroffen, sondern alle.

Ein Referendum wurde souverän links liegen gelassen, obschon Demokratie ja das große Zauberwort der letzten Wahlkampagne gewesen war. Ein blauer Minister, der Demokratie auch auf seinen Banner geschrieben hatte, geht also als erster luxemburgischer Minister in die Geschichte ein, der ein Referendum mit Verachtung bestraft. Ja, die gute Demokratie perlt halt an einem ab, wenn die Interessen der Unternehmer intervenieren.

Nicht nur das Resultat des Referendums juckt den Minister nicht, auch die Studie des Öko-instituts Darmstadt scheint ihn wenig zu interessieren: Selbige wird in der Genehmigung mit keinem Wort erwähnt, obschon sie das Kernstück der Argumentation sowohl der Gemeinde als

auch der Bürgerinitiative darstellt. Auch auf weitere wichtige Einwände in der Kommodo-Inkommodo-Prozedur wird nicht eingegangen. Dass beispielsweise die Staubemission 1.000 mal höher ist als angegeben, wird lässig als "faute de frappe" abgetan. Sehr beruhigend.

Mittlerweile trödelt die Bürgerinitiative braungebrannt und voller Tatendrang wieder ein und unternimmt erste gerichtliche Schritte, um die Bescherung doch noch zu verhindern. Sie ist guter Dinge, da das Naturschutzgesetz eigentlich klar definiert, was in der "zone verte" erlaubt ist und was nicht. Falls wir nicht alles falsch verstehen, ist das Betreiben einer Bauschuttdeponie weder eine "activité agricole" noch eine "activité jardinière", oder? Wir freuen uns, dass der Gemeinderat mittlerweile auch bereit ist, gerichtliche Schritte zu unternehmen und darüber, dass der Bürgermeister sich klar und deutlich ausgesprochen hat, dass er sich weigert, die Baugenehmigung für die Deponie zu erteilen.

**Bürgerinitiative für
d'Gemeng Ermsdröf**

